

*Sonderdruck aus:*

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
14 / 2007

## **Soziale Sicherheit und Frieden**

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9  
V&R unipress

V&R  unipress

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial: . . . . .	9

## I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

<i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen</i> Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat . . . . .	19
<i>Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i> Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein, Hartmut Häußermann . . . . .	43
<i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i> Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet, Franz Kamphaus . . . . .	65
Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag <i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit</i> . . . . .	89
<i>Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i> Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf . . . . .	103
Ursula von der Leyen, Berlin <i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .	123

**II. MUSICA PRO PACE –  
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«  
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie« . . . . .* 143

**III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG**

*Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der  
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär  
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft  
und Kultur, am 25. Oktober 2006 . . . . .* 153

Dieter Senghaas, Bremen  
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des  
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.  
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück . . . . .* 157

Roland Czada, Osnabrück  
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung  
im deutschen Wohlfahrtsstaat . . . . .* 169

Hamideh Mohagheghi, Hannover:  
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime  
in Deutschland so schwierig? . . . . .* 185

Alrun Niehage, Osnabrück  
*»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität . . . . .* 193

Rainer Werning, Köln  
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:  
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel. . . . .* 209

**IV. ANHANG**

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 224  
Abbildungsnachweis . . . . . 230

## Islamische Theokratie im Iran und anderswo? – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen

Podiumsveranstaltung im Rathaus am 31. März 2006

<i>Ruprecht Polenz</i>	Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages
<i>Prof. Dr. Udo Steinbach</i>	Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg
<i>Prof. Dr. Mohssen Massarrat</i>	Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück
<i>Prof. Dr. Reinhold Moksrosch</i>	Universität Osnabrück, Gesprächsleitung

*Reinhold Moksrosch:* Ist der Iran, ist die »Islamische Republik Iran« bzw. ist die »Islamische Theokratie« eine geeignete Staatsform für die Region des Mittleren Ostens? Geht von dieser Regierungsform eine Kriegsgefahr aus? Oder bietet sie auch Friedensperspektiven?

Im Rahmen dieser Fragestellung wollen wir auch das Atomenergieprogramm und die Frage der Uran-Anreicherung durch den Iran erörtern.

Zudem bitten wir unsere Gäste auf dem Podium um Antworten auf die Fragen: Welche legitimen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen hat der Iran? Und vor allem: Wie ist das Verhältnis der Europäischen Union, des Westens, zu den arabischen Staaten zu veranschlagen?

*Ruprecht Polenz:* Im Hinblick auf den Iran geht es im Kern um die Frage der Vereinbarkeit zwischen Islam oder Demokratie. Welcher Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung ist am weitesten auf diesem Weg oder gibt Anlass zu den meisten Hoffnungen? Aus meiner Sicht ist es leider so, dass die Hoffnungen, die während der Präsidentschaft von *Mohammad Chatami* weltweit geweckt worden sind, unter dem neuen Präsidenten

zurückgeschraubt werden müssen. Die Türkei oder auch Marokko geben derzeit mehr Anlass zur Hoffnung auf eine positive Entwicklung.

Zweifellos haben auch die Iraner ein großes Potenzial, zum Modell für die islamische Welt zu werden. Immerhin handelt es sich um eine 2500 Jahre alte Kultur. Im Vergleich zu den benachbarten arabischen Ländern, für die entsprechende Angaben des *Arab Human Development Report* existieren, weist die Bevölkerung Irans ein gutes Bildungsniveau auf. Zwischen dem Iran und den arabischen Ländern gibt es große Unterschiede – und damit auf Seiten des Iran eine deutlich bessere Ausgangslage für die Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens. Ich denke an die Reformansätze, die es dort gibt, und an die Pressefreiheit, die allerdings nach meinen Beobachtungen zunehmend unter Druck gerät, aber auch an die Tatsache, dass Wahlen im Iran in relativ freier und offener Weise durchgeführt werden. Bei den letzten Wahlen wurde nun vom Wächterrat vielen Bewerbern eine Kandidatur verwehrt, selbst solchen, die schon dem vorigen Parlament angehörten. Nach der letzten Präsidentschaftswahl hat der im ersten Wahlgang drittplatzierte *Mehdi Karrubi* von massiver Wahlfälschung gesprochen. Hätte er im zweiten Wahlgang gegen *Rafsanjani* gestanden, so gäbe es heute dort einen anderen Präsidenten. Nach den Wahlen im Iran hat der Deutsche Bundestag einstimmig eine Resolution verabschiedet, die diese Unregelmäßigkeiten kritisierte. Bei künftigen Parlamentskontakten wollen wir auch Kollegen wiedersehen, die dem alten Parlament angehörten, für die neue Wahlperiode aber nicht mehr kandidieren durften.

Die Probleme des Iran liegen in der wirtschaftlichen Entwicklung: Für ein Land, das der weltweit viertgrößte Ölexporteur ist, mag es überraschen, dass 40% des im Land benötigten Benzins importiert werden müssen, weil die eigenen Raffineriekapazitäten nicht ausreichen. Die Inflationsrate und die Arbeitslosenzahl im Land sind hoch. Iran ist dringend auf ausländische Investoren angewiesen, um den bis zu einer Million jungen Menschen, die jedes Jahr die Universitäten und die Schulen verlassen, Arbeitsplätze anbieten zu können. Davon ist Iran noch ein ganzes Stück entfernt.

Im Zuge der Verhandlungen zur Lösung des Nuklearkonflikts, die über drei Jahre lang bis Ende 2005 mit Teheran geführt wurden, hatte die EU auch Hilfen für Wirtschaftsprobleme angeboten. Die Europäer boten wirtschaftliche Kooperation – auch auf dem Gebiet der Kerntechnologie – und Auslandsinvestitionen. Das alles hat den Iran nicht davon abrücken lassen, die Kerntechnologie zu forcieren und besitzen zu wollen. Diese Technologie kann sowohl zu friedlichen Zwecken als auch zu militärischen Zwecken genutzt werden; sie ist eine typische *dual use*-Technologie, die aus der Beherrschung des Kernbrennstoffkreislaufs entspringt. Beherrscht

man diesen für friedliche Zwecke in vollem Umfang, so beherrscht man 95% dessen, was zur Anreicherung von waffenfähigem Uran nötig ist. Deshalb spielt die Anreicherungsfrage in dem Nuklearthema eine so große Rolle.

Die Weltgemeinschaft hat begründete Zweifel an der Behauptung Teherans, das alles sei nur für friedliche Zwecke. Die entsprechende Resolution im Gouverneursrat der *Internationalen Atomenergiebehörde* (IAEO) haben nicht nur die Amerikaner und die Europäer, sondern auch die Russen, die Chinesen, Indien, Ägypten und Brasilien unterschrieben. Eine Anlage, um Brennelemente aufzubereiten, um sie dann zur Elektrizitätserzeugung zu verwenden, macht wirtschaftlich nur Sinn, wenn ein Land wenigstens zehn Kernkraftwerke betreibt. Bekanntlich läuft im



Ruprecht Polenz

Iran noch kein einziges. Aber es ergibt natürlich Sinn, wenn man eine bestimmte Technologie beherrschen will – unabhängig davon, wann man in der Lage ist, Strom zu erzeugen. Ein zweites Indiz ist eine in *Araak* entstehende Reaktorlinie mit Schwerwasser. Diese ist zur Erzeugung von Energie ebenfalls wenig sinnvoll, da diese Reaktoren sich für die Energieerzeugung als nicht wirtschaftlich erwiesen haben. Aber mit dieser Linie lässt sich Plutonium erzeugen, was wiederum unter Waffengesichtspunkten interessant ist. Schließlich fällt auf, dass die iranischen Reaktorbauten etwa in *Natanz* 8-9 Meter unter der Erde verbunkert sind, was sinnvoll sein kann, wenn man eben nicht nur friedliche Zwecke damit verfolgt.

Dies alles und die – vom Iran unbestrittene – Raketenrüstung gibt Anlass zur Sorge. Die Raketenrüstung zielt auf immer längere Reichweiten; die *Shahab III* z.B. erreicht inzwischen vermutlich schon 2.000 km Reichweite. Solche Waffen machen nur Sinn als Transportmittel für Massenvernichtungswaffen. Hinzu kamen die Äußerungen des jetzigen iranischen Präsidenten *Mahmud Ahmadinedschad*, der Israel von der Landkarte ausradiieren wollte, sowie seine Leugnung des Holocaust.

In der Außen- und Sicherheitspolitik kommt es nicht nur darauf an, was jemand tatsächlich will, sondern auch, wie sein Handeln wahrgenommen wird. Auch im Mittleren Osten geht man davon aus, dass Iran Kernwaffenstaat werden will. Dies allein kann schon Anstrengungen anderer Länder auslösen, Gleiches zu wollen. Die Religionsunterschiede zwischen den Schiiten im Iran und den Sunniten in der übrigen arabischen Welt tun ein Übriges, um hier einen hochgefährlichen Prozess entstehen zu lassen. Wer wird die Vorherrschaft in der Region erringen? Sind es die Ägypter, die Iraner, die Saudis? Wenn der Iran heute weltweit wenig Vertrauen genießt, so liegt das auch darin begründet, dass das Land von etwa 1985 an bis zur Entdeckung seines Nuklearprogramms im Jahr 2002 viele Arbeiten daran der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien verheimlicht hat. Das Nuklearprogramm wurde erst durch Hinweise aus der iranischen Opposition bekannt.



Udo Steinbach

Schlimm genug ist, dass es überhaupt Länder mit Atomwaffen gibt. Jedes hinzukommende Land macht die Sache noch schlimmer. Ein Iran *mit* Nuklearwaffen würde unweigerlich zu einem nuklearen Wettrüsten im Nahen und Mittleren Osten führen, einer Region, die wir bereits jetzt als Pulverfass kennen. Nun kommt ein ›nuklearer Zünder‹ hinzu – ein Alptraum-Szenario! Deshalb muss und wird alles unternommen werden, um das Problem zu lösen, und zwar mit *diplomatischen*, nicht mit militärischen Mitteln. Die Weltgemeinschaft muss sich einig sein und die Iraner vor die Entscheidung stellen, ganz im Sinn des Weltsicherheitsrats, der Iran warnte, die anreicherungsbezogenen Aktivitäten fortzusetzen.

Der Iran ist aufgefordert, mit der Atomenergiebehörde zusammenzuarbeiten. Im weiteren Verlauf muss es auch um die Einhaltung der Menschenrechte im Land gehen und um die künftige Position Irans zum Prozess zwischen Israelis und Palästinensern und gegenüber Organisationen wie der *Hisbollah* und der *Hamas*, die immer wieder Terroranschläge verüben. Es gibt eine gute Chance, Teheran zum Einlenken zu bewegen,

wenn die breite internationale Übereinkunft, wie wir sie im Gouverneursrat hatten, Bestand hat, und zwar auch dann, wenn es zu einer Verschärfung der Auseinandersetzung in dem Sinne kommt, dass über die Verhängung von Sanktionen gesprochen würde. Es müsste dann deutlich werden, dass die Konfrontation nicht zwischen dem Iran und dem Westen besteht, sondern zwischen dem Iran und der gesamten Staatengemeinschaft. Die realen Interessen des Iran bieten gute Chancen, zu einer diplomatischen Lösung zu kommen, auch wenn diese im Moment noch fern scheint.

*Udo Steinbach:* Herr Polenz hat die westliche Perspektive aufgezeigt: Wir vermuten, dass Iran einen militärischen Weg einschlagen könnte, obwohl sie etwas anderes sagen, und deshalb darf die Uran-Anreicherung nicht sein. Die Frage, ob Iran ein *militärisches* Kalkül verfolgt oder nicht, ist für uns wichtig. Aber ist sie das auch für die Iraner? Gesagt wurde, dass Iran ein *ziviles* Programm mit Anreicherung gestartet hat und durchführt. Dabei muss man auch fragen: Wie nehmen dies die Iraner wahr?

Die iranische Friedensnobelpreisträgerin *Shirin Ebadi* hat dazu Bemerkenswertes gesagt. In der *International Herald Tribune* vom 19. Januar 2006 schrieb sie:

»Während eine breite Mehrheit der Iraner die regierenden Hardliner verachten und ihren Sturz wünschen, unterstützen sie doch das iranische Nuklearprogramm. Ungeachtet seiner Unwirtschaftlichkeit ist es eine Quelle des nationalen Stolzes eines Landes mit großer Tradition und langer Geschichte geworden [...]. Die Forderung, dass Iran das Programm zur Nuklearanreicherung aussetzen soll, ist sinnlos. Keine iranische Regierung – unabhängig von ihrer Weltanschauung oder demokratischen Glaubwürdigkeit – würde es wagen, das Nuklearenergieprogramm des Iran zu stoppen.«

Frau Ebadi sagt also sinngemäß: ›Wir Iraner *wollen* die Kernenergie zu 90%. Dies steht auf unserer Agenda‹. So ist die Krise zwischen Iran und der westlichen Welt nicht nur eine zwischen *Iran* und der westlichen Welt, sondern es ist eine Krise zwischen dem *Westen* insgesamt und in wachsendem Maße der islamischen Welt.

Unsere Perspektive ist von einer eingeschränkten Wahrnehmung von den Dingen in der islamischen Welt geprägt. Und so konnte ein amerikanischer Präsident das größte Desaster in der neueren Geschichte des Mittleren Ostens anrichten. Über ihr Kernenergieprogramm urteilen 90% der Iraner anders als wir: Das kann eigentlich nur konfliktreich werden.

Stichwort *Hamas*: Die Palästinenser wählten, aber falsch. Es folgt politischer Druck: Sie hätten die Waffen niederlegen, Israel anerkennen müs-

sen. Niemand spricht indessen davon, dass Hamas ein Produkt der Besatzung ist. Niemand stellt den Zusammenhang zu den israelischen Siedlungen und zum »Antiterror-Schutzwall« her, zu täglichen Tötungen in Palästina und zu systematischer Vernachlässigung der Sicherheitslage durch Israel. Auch hierbei lassen wir nur unsere Perspektive gelten.

Stichwort *Mohammed-Karikaturen*: Zwei Vierzeiler aus der klassischen iranischen Poesie möchte ich zitieren, um deutlich zu machen, was in der islamischen Welt an Herausforderung und Karikatur möglich war. In Persien kennt jeder *Omar Khayyám*, vor tausend Jahren einer der größten Dichter des Landes, und kann ihn auswendig rezitieren:

»In Kirchen und Moscheen und Synagogen  
wird man um seiner Seele Ruh betrogen.  
Doch dem, der der Natur Geheimnis ahnt,  
wird keine Angst vorm Jenseits vorgelogen.  
Ka'aba und Götzenhaus bedeuten: Knechtung.  
Der Christen Glocken hört, sie läuten: Knechtung.  
Kirche, Gebetsschnur und Rosenkranz und Kreuz  
wahrlich, sie alle bedeuten: Knechtung.«

Spott, Satire, Karikaturen – das alles ist nicht neu. Warum reagierte dann die islamische Welt so erbittert? Im Nahen Osten, in der islamischen Welt, gibt es sicherlich zahllose Unzulänglichkeiten. Aber auch wir sind nicht friedensfähig gegenüber der islamischen Welt, wie die letzten Jahre und Jahrzehnte gezeigt haben. Inwiefern? Weil wir es für unnötig halten, die Selbstwahrnehmung der Menschen dort in Betracht zu ziehen. Herr Chatami besuchte unlängst Hamburg und Berlin. In einer bemerkenswerten Rede räumte er dort ein, dass die islamische Welt einen Unterlegenheitskomplex habe. Die westliche Politik sei geeignet, diesen Komplex, der aus historischen Gründen weit in der islamischen Welt verbreitet ist, ständig noch zu verstärken und zuzuspitzen. Der Demokratisierungsprozess nach 2002 habe keine besseren Ergebnisse gebracht, weil die amerikanische Politik diesen Prozess nicht unterstützt habe. Chatami sagte: »Wir haben die Amerikaner 2001 in Afghanistan unterstützt, indem wir die Nordallianz gegen die Taliban unterstützten; drei Monate später fanden wir uns auf der ›Achse des Bösen‹ wieder«.

Wir im Westen haben vom Iran als einem »Mullah-Regime« gesprochen und das Land damit pauschal diskreditiert. Tatsächlich ist Iran neben der Türkei die dynamischste Gesellschaft im Nahen Osten – was wir ignorieren. Wir selbst haben den Boden für radikale Reaktionen in der islamischen Welt und aus der islamischen Welt heraus bereitet, die sich politisch, ökonomisch, ökologisch usw. in einer Defensivposition sieht.

Diese Klage ließe sich als ein Verschwörungsdenken abtun, mit dem die islamische, arabische Welt, alles was schief gegangen ist, auf den Westen ablädt. Gewiss gibt es dort und auch im Iran Kräfte, die solche Vorwürfe gegenüber dem Westen erheben, um die Kluft so tief wie möglich zu machen. Indem wir aber aus unserer selektiven, konfrontativen Attitüde heraus antworten, gehen wir in die Falle derer, die in der islamischen Welt selbst die Kluft vertiefen wollen, und zwar so, dass ein Dialog am Ende nicht stattfinden wird.

Unsere Reaktion müsste sein, die demokratischen Kräfte im Islam zu stärken, und dies schließt die *Mehrheit* aller Menschen in der Region zwischen Marokko und Indonesien ein, die im Prinzip mit uns gehen wollen. Wir aber gehen immer wieder in die Falle derer, die nicht mit uns gehen wollen.

Gefordert ist zweifellos auch *Selbstkritik* in der islamischen Welt, und Herr Chatami fasste dies bei seinem Deutschland-Besuch in den Appell: »Wir müssen bei uns selber beginnen«. Wer sich den »Karikaturenstreit« vergegenwärtigt, weiß, dass in der islamischen Welt von vielen Menschen *kritisiert* wurde, wie anti-westlich, emotional und gewaltsam dort reagiert worden ist. Wollen wir, dass die islamische Welt zur Selbstkritik fähig wird, so müssen wir bei uns damit beginnen. Dann muss es eine Selbstkritik im Westen geben, die uns darüber nachdenken lässt, in welcher Weise wir mit unserer Rhetorik, unseren Werten, unserer selektiven Wahrnehmung, mit unserem ständigen Drohen und dem erhobenen Zeigefinger auf die islamische Welt wirken. Nur wenn wir uns selbst zurücknehmen, wenn wir das Ganze sehen und nicht nur einen Punkt, an dem wir unsere Politik festmachen, werden wir zu einem gedeihlichen Nebeneinander kommen.

Die »Islamisten« wollen dieses nach verbreiteter Ansicht ja alles nicht: Ob aber in Ägypten, in Palästina mit der Hamas; in der Türkei oder im Iran – diese Leute sind nicht einfach auf Gewalthaftigkeit zu reduzieren. In einer bestimmten historischen Situation haben sie an Einfluss oder die Oberhand gewonnen; sie sind führende Kräfte. Aber auch dort sind die gemäßigten Islamisten im Grunde bereit, mit uns zu sprechen, wenn wir uns selbst zurücknehmen, wenn wir eine offene dialogische Haltung an den Tag legen. Friedenschancen liegen also in der rechten Form der Kommunikation miteinander.

Ich glaube dennoch, dass die Kriegsgefahr nicht von der Hand zu weisen ist, da die Iraner in dem essentiellen Punkt, um den es geht, nämlich bei der Anreicherung von Uran, nicht nachgeben werden. Die westliche Haltung des Verbietenwollens trägt nun zum Schulterschluss einer Bevölkerung im Iran bei, die diesen Präsidenten nicht gewählt hat und sich seiner wegen dessen törichten und dümmlichen Äußerungen im Grunde schämt. Wenn es nach mir ginge, müsste der amerikanische Präsident

George W. Bush in dieser Situation folgenden Brief an den iranischen Religionsführer richten:

»Sehr geehrter Herr Religionsführer Sayed Ali Khamenei! Seit mehr als einem Vierteljahrhundert begegnen sich die Vereinigten Staaten von Amerika und die Islamische Republik Iran in Feindseligkeit. Lange haben wir uns von unseren Traumata leiten lassen. Das Trauma der Amerikaner gründet in der völkerrechtswidrigen Besetzung unserer Botschaft in Teheran im November 1979 und der Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft. Das Trauma des Irans gründet in der völkerrechtswidrigen Einmischung der CIA und dem Sturz der gewählten Regierung von Ministerpräsident Mohammed Mossadegh im August 1953. Lassen Sie uns zu einer Politik zurückkehren, die auf gegenseitiger Achtung und Nichteinmischung und auf gegenseitigem Interesse beruht. Als Geste unseres Willens zu einem Neubeginn in den Beziehungen kündige ich hiermit die Beendigung aller gegen Iran verhängten Sanktionen und die Freigabe aller nach der Revolution eingefrorenen Konten an. In Sachen des zwischen uns strittigen Atomprogramms schlage ich eine umfassende Kooperation amerikanischer und iranischer Wissenschaftler mit dem Ziel einer gemeinsamen Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken vor. – Hochachtungsvoll.«

Schriebe der US-Präsident diesen Brief, würde es eine ›Atomkrise‹ um den Iran nicht mehr geben. Zudem würde die Forderung eines *regime change* im Sinne von Shirin Ebadi näher rücken. Ein nachhaltiges Zeichen würde gesetzt, die gespannten, ja verfahrenen Beziehungen zur islamischen Welt zu wenden, und die Grundlagen und Potentiale von Terrorismus aus der islamischen Welt würden unterminiert. So würden Perspektiven für eine gedeihliche und auf gemeinsamen Werten beruhende friedliche Entwicklung des Westens und der islamischen Welt eröffnet.

*Mohssen Massarrat:* Mich bewegt die Sorge um einen Krieg gegen meine erste Heimat Iran, in dem Deutschland, meine zweite Heimat, beteiligt sein könnte. Ich möchte Herrn Polenz und der Regierung meiner zweiten Heimat einen Vorschlag unterbreiten: Die Europäische Union hatte die Chance, als »ehrlicher Makler« im Konflikt zwischen dem Iran und den USA zu vermitteln. Aber sie ist gescheitert, und ein Grund dafür ist ihre *Konzeptionslosigkeit*. Trotz ihres anfänglichen Interesses an einer unabhängigen, selbständigen Politik zur Verhinderung eines neuen Krieges im Mittleren und Nahen Osten, hat sich die Europäische Union ins Schlepp-

tau der Iran-Politik der USA begeben, einer Politik, die von vornherein auf einen dritten Krieg in der Region unter der Führung der USA abzielte.

Nach Ende des Irak-Kriegs sagten Leute aus der Umgebung des US-Präsidenten: Jetzt ist Iran dran! Ein halbes Jahr später wurde lanciert, es gebe im Iran ein geheimes Atomprogramm – obgleich der CIA bekannt war, dass der Iran bereits seit langem mit dem Vater der pakistanischen Atombombe, *Abdul Qadeer Khan*, kooperierte. Man bemühte sich, ein Bedrohungs-Szenario aufzubauen, dessen Ziel eine Zuspitzung des Verhältnisses zum Iran ist.

Dies wird von der EU und anderen Ländern mitgetragen und kann in einen Krieg einmünden. Die Europäische Union hat diese Strategie der USA nicht durchschaut oder nicht durch-



Mohssen Massarrat

schaufen wollen. Damit ist die EU zum Bestandteil des Problems geworden.

Ich bedaure, dass Herr Polenz hier nicht seine letzten öffentlichen Aussagen zum Thema wiederholt hat. Er hat als einziger deutscher Außenpolitiker das Tabu durchbrochen, iranische Sicherheitsprobleme anzusprechen. Er betonte, zwischen den westlichen Forderungen an den Iran und Irans legitimen Sicherheitsinteressen müsse eine »Verbindung« gefunden werden. Man konnte daher hoffen, in der Regierung beginne man darüber nachzudenken, dass es außer den Interessen von Israel, den USA und der EU auch Interessen anderer Staaten gibt. Um den Iran für einen Kompromiss zu gewinnen und um den drohenden Krieg zu verhindern, muss die entstandene Eskalation beendet werden. Die Bundesregierung könnte dabei eine Schlüsselrolle einnehmen: Sie sollte unmissverständlich klarstellen, dass Deutschland einen Krieg gegen den Iran unter keinen Umständen unterstützt. Dies würde bedeuten, dass die Bundesregierung sich nicht an der Drohkulisse der USA beteiligt, den Iran mit Sanktionen oder gar Gewalt zur Aufgabe der Uran-Anreicherung zu zwingen. Die US-Führung mit Präsident Bush, Vizepräsident *Cheney* und Verteidigungsminister *Rumsfeld* hat bisher keinen Zweifel an ihrer Absicht aufkommen lassen, den

Iran – mit oder ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates – notfalls durch Krieg zum vollständigen und bedingungslosen Verzicht auf Uran-Anreicherung zwingen zu wollen. Dies aber, ein vollständiger Verzicht eines souveränen Staates auf das im *Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen* (NVV) völkerrechtlich verankerte Recht auf Uran-Anreicherung, bedeutet, den Nichtverbreitungsvertrag exklusiv und auf kaltem Wege außer Kraft zu setzen und ein Zweiklassen-System von Staaten mit unterschiedlichen Rechten zu schaffen.

Die Ablehnung eines Vorschlags Russlands durch die US-Regierung, der dem Iran das Recht auf Uran-Anreicherung zugesteht, ihm aber *de facto* die Möglichkeit nimmt, auf eigenem Boden die industrielle Anreicherung von Uran zu betreiben, lässt darauf schließen, dass die US-Führung es darauf anlegt, die Eskalation bis zum Gewalteinsatz zuzuspitzen – und ich meine damit einen Luftkrieg, nicht einen Bodenkrieg. Der Iran war nach innenpolitischen Debatten zwischen den Hardlinern und den Reformern bereit, dem russischen Vorschlag zuzustimmen. Für eine Kriegführung gegen Iran hat die US-Führung derzeit keine Legitimation, denn inzwischen stimmen nur noch 30% der Amerikaner einem Krieg gegen den Iran zu. Im Falle des Irak-Krieges lag die Zustimmung noch bei 70% Prozent. So ist die US-Regierung dringend auf Unterstützung der EU und der Bundesrepublik Deutschland angewiesen, der damit die einmalige Rolle zufällt, durch ein klares »Nein« einen Krieg verhindern zu können.

Die Voraussetzungen dafür, dass die US-Führung ihren Willen der internationalen Gemeinschaft aufzwingen könnte, sind zum einen die – beinahe mythisch beschworene – ›internationale Geschlossenheit‹ und zum andern die Aufrechterhaltung einer ›Drohkulisse, die Krieg als Möglichkeit einschließt. Unter ›internationaler Geschlossenheit‹ versteht die US-Führung die bedingungslose Zustimmung vor allem der EU-Länder zu ihrer Iran-Politik. Die USA verfolgen die Absicht, der EU eine zum Krieg eskalierende Strategie und Taktik aufzuoktroyieren. Unter Beibehaltung der Kriegsoption zielt die US-Regierung auf die nächsten Eskalationsschritte: Einer Resolution des UN-Sicherheitsrats mit einem Ultimatum sollen dann Sanktionen und iranische Gegenreaktionen folgen. Die so entstehende Atmosphäre braucht die US-Regierung, um auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates einen Luftkrieg gegen den Iran zusammen mit Israel und vielleicht England für moralisch legitim zu erklären. Die US-Führung rechnet darauf, dass Deutschland, Frankreich und die gesamte EU aus Gründen der eingeforderten Geschlossenheit und Solidarität innerhalb der westlichen Gemeinschaft dann keine andere Möglichkeit haben werden, als dem Krieg zuzustimmen. Deutschland und die EU müssen daher unverzüglich ihre Solidarität mit den USA davon abhängig machen, dass die US-Regierung tragfähige Kompromisse – wie den russischen Vorschlag, der

einen Krieg überflüssig macht – akzeptiert und nicht mutwillig ablehnt. Eine unmissverständliche europäische Absage an einen US-Krieg gegen den Iran ist der Schlüssel dafür, dass die US-Führung von ihren Kriegsambitionen Abstand nimmt und sich auf einen Dialog, auf Kompromisse und weitere Konflikt bearbeitende Schritte einlässt. So könnte die EU verlorene Glaubwürdigkeit und die Handlungsfähigkeit als »ehrliche Maklerin« über den Iran-Konflikt hinaus zurückgewinnen. Nur wenn es Deutschland und der EU gelänge, der US-Regierung die Kriegspläne auszutreiben, könnten Irans Reformer ihren Handlungsspielraum deutlich erweitern. Und nur so könnte der brüchige inner-iranische Kompromiss einer Zustimmung zum Vorschlag Russlands gegenüber den Hardlinern um den Präsidenten Ahmadinedschad aufrechterhalten und gefestigt werden.

Keine Chancen, den Iran zu einem Kompromiss zu bewegen, eröffnet dagegen die fortgesetzte, kritiklose internationale Geschlossenheit darin, dem Iran zu drohen, Sanktionen oder Gewaltmaßnahmen anzukündigen und Demütigungen auszuteilen. Vielmehr müsste dem Krieg eine Absage erteilt werden und die EU müsste glaubhaft machen, dass es ihr im Gegensatz zu den USA ernsthaft und ausschließlich darum geht, eine Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern, und nicht etwa darum, den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen als Vorwand für andere Ziele wie einen Regimewechsel im Iran oder die Dominanz der bestehenden Vormachtstellung Israels im Mittleren und Nahen Ostens zu nutzen.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Polenz, die Kernthese von Herrn Steinbach ist, dass wir im Westen im Umgang mit der muslimischen Welt nicht friedensfähig seien. Wie denken Sie darüber?

*Ruprecht Polenz:* *Huntingtons* These vom *clash of civilizations* führte dazu, dass die scheinbar bestätigenden Ereignisse sich nachhaltig in unser Gedächtnis schrieben. Huntington *wollte* den »clash« nicht, er sah ihn lediglich voraus. Ich halte diese Formel für falsch und gefährlich, weil sie zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden kann. Dabei wirkt sie offenbar in beide Richtungen: So werden in der islamischen Welt die amerikanischen Angriffe gegen Afghanistan, den Irak sowie die Drohung gegenüber dem Iran als Beweis eines Kriegs des Westens gegen den Islam gedeutet. Vor diesem Hintergrund ist auch der Streit um die *Mohammed*-Karikaturen zu sehen, den dramatische Straßenszenen aus dem Nahen und Mittleren Osten begleiteten, den aber auch einige Regierungen instrumentalisierten. Die Syrer nutzten ihn zur Destabilisierung des Libanon, und Irans Präsident Ahmadinedschad hielt auch mit diesem Thema die Bevölkerung davon ab, ihn an seine Wahlversprechen zu erinnern. Als einen *Erfolg der Integration* in Europa hätten wir aller-

dings erkennen sollen, dass Millionen Muslime in Deutschland, die sich möglicherweise von den Karikaturen ebenso verletzt fühlten wie die Muslime im Nahen Osten, *friedlich* demonstrierten und damit unserer Rechtsordnung respektierten.

Sicherlich dürfen wir uns nicht den Blick auf die Wirklichkeit durch die Brille der Vorurteile filtern lassen. Dies muss auch in Bezug auf die Vereinigten Staaten von Amerika gelten: Wesentliche Entwicklungen in der amerikanischen Außenpolitik nach Ende des Irak-Kriegs sollte man nicht übersehen. Zeitweise begleiteten die Amerikaner die diplomatischen Bemühungen der Europäer gegenüber Iran mit Skepsis und Überheblichkeit. Dies hat sich verändert, wenn auch vielleicht noch nicht durchgreifend. Die Amerikaner unterstützten zuletzt die europäischen Bemühungen und sicherten zu, dass Iran der *Welthandelsorganisation* (WTO) beitreten könne, falls es zu erfolgreichen Verhandlungsabschlüssen käme. Sie willigten zudem in die Versorgung der zivilen Luftfahrt im Iran mit Ersatzteilen ein. Dies reicht nicht aus, aber Veränderungen in der amerikanischen Politik sind spürbar.

In diesem Frühjahr war viel von Militärschlägen die Rede. Aktuelle Studien im Westen zu den *militärischen Optionen* gegen Iran kommen aber zu dem Ergebnis, dass diese nicht aussichtsreich wären. Anders als bei dem israelischen Militärschlag in den achtziger Jahren gegen den irakischen Kernreaktor *Osirak*, mit dem das Atomprogramm von *Saddam Hussein* verzögert werden konnte, hat man es im Iran nicht nur mit einer Vielzahl von Zielen zu tun, sondern auch mit einer ganz anderen Situation. Selbst wenn dort alles und das Richtige mit Raketen getroffen werden würde, wäre zu befürchten, dass das Volk sich hinter der jetzigen Regierung scharen würde. Außerdem hätte Iran die Möglichkeit zur »asymmetrischen Vergeltung«, wie es im Fachjargon heißt. Iran könnte den Amerikanern mit Hilfe bestimmter schiitischer Gruppen im Irak erhebliche Schwierigkeiten bereiten, und Ähnliches gilt auch für Afghanistan. Iran könnte auch die Möglichkeit nutzen, mit Hisbollah und Hamas Israel anzugreifen.

Eine weit dramatischere Folge noch wäre die Wirkung eines solchen militärischen Angriffs auf Iran in der islamischen Welt. Präsident *Musharraf* in Pakistan würde einen solchen Angriff politisch kaum überstehen, und eine Veränderung in seinem Land, das Nuklearwaffen besitzt und seiner inneren Verfasstheit nach als hoch problematisch anzusehen ist, würde eine unkontrollierte Situation herbeiführen, die man durch die Militärschläge gegen den Iran gerade vermeiden wollte. Die Option »Krieg« ist für die Amerikaner keine realistische Option.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Steinbach, Sie hatten vorgeschlagen, der Westen solle die Uran-Anreicherung des Iran unter der Kontrolle der Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) akzeptieren ...

*Udo Steinbach:* Eine umfassende technologische Kooperation unter Kontrolle der IAEO sollte mit der Fortsetzung der Bemühungen um einen Demokratisierungsprozess im Land verbunden werden. Wie können wir beides gleichzeitig voranbringen? Wie machen wir sozusagen die technologische Dimension zu einem Anreiz für einen weiterführenden Demokratisierungsprozess? Diese Fragen stellen sich aktuell.

*Ruprecht Polenz:* Es wäre schön, wenn die Reformer im Iran das Sagen hätten. Wir haben es aber jetzt im Iran mit einer Tendenz zur Militarisierung der Politik zu tun, mit einer Tendenz, die *Pasdaran*, die alten Revolutionsgarden, in immer mehr Schlüsselpositionen im Land zu bringen. Könnte man einem Kompromiss zustimmen, der eine Uran-Anreicherung im Iran unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergieorganisation erlaubt? Die *International Crisis Group* hat diesen Vorschlag gemacht, aber er ist im Augenblick für die Amerikaner, die Briten, die Franzosen nicht akzeptabel. Von russischer Seite habe ich noch nicht gehört, dass die Iraner einem Vorschlag Russlands zugestimmt hätten.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Steinbach, wie beurteilen Sie die Sorge, dass die Zahl der Nuklearmächte im Mittleren und Nahen Osten ansteigen könnte?

*Udo Steinbach:* Ich gehe nicht selbstverständlich davon aus, dass sich der Iran nukleare Waffen verschaffen will. Ich rate dazu, dass wir zu einer Form von Kompromiss kommen, der das iranische Interesse, die Kernenergie als einen Ausweis von Modernität nutzen zu wollen, gelten lässt. Wie können die Iraner erreichen, was sie um der Modernität willen für notwendig halten, nämlich die gleiche Augenhöhe mit dem Westen, mit Israel, mit Indien? Der politische Schachzug der Amerikaner, eine Art gleichberechtigter ›Atommacht Indien‹ zu kreieren, macht die Sache noch schwieriger. Indien hat den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen nicht unterzeichnet. Warum sollten die Iraner, die den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichneten, klein begeben, wenn die Amerikaner aus machtpolitischen Gründen die in Indien vollendeten Tatsachen akzeptieren? Ich bin überzeugt davon, dass keine iranische Regierung nachgeben wird, was die Anreicherung von Uran betrifft. Vorschläge, um aus der jetzigen gespannten Situation herauszukommen, sind gemacht worden.

*Ruprecht Polenz:* Die Europäer fordern, Iran soll für zehn Jahre die anreicherungsbezogenen Aktivitäten aussetzen. Dann könne das verlorene Vertrauen in die Iraner wieder aufgebaut werden.

*Udo Steinbach:* Es geht *jetzt* um die Frage einer De-Eskalation, und den Vorstellungen der Iraner ist dabei so Rechnung zu tragen, dass das beiderseitige Interesse gewahrt werden kann: sowohl das Interesse Irans an der Uran-Anreicherung als auch das des Westens, dass dies nur zur zivilen Nutzung geschieht.

*Ruprecht Polenz:* Das liegt nicht nur im Interesse des Westens, sondern ist ein internationales Interesse, Herr Steinbach!

*Udo Steinbach:* Was wäre, wenn der Iran auf eine militärische Nutzung der Nuklearenergie aus wäre? Nach langjähriger Beobachtung des Iran bin ich eigentlich fast sicher, dass die militärische Nutzung der Nuklearenergie ein Ziel des Iran ist. Welchen *Sinn* aber soll das eigentlich für Iran machen? Was ist der ›rote Faden‹ in der neueren iranischen Geschichte seit der Zeit des *Schah* und schon davor? Die Antwort ist: Es geht den Iranern in der Nuklearfrage – einschließlich der Möglichkeit, die Kernenergie militärisch zu nutzen – um den *Status* der Nation. Dieses Land mit seiner dynamisierten und selbstbewussten Elite möchte einen Status wie andere Länder haben, die mit dem Westen kooperieren, vom Westen akzeptiert und geschützt werden. Das Land, mit dem Iran um Status konkurriert, ist Israel. Die Iraner sehen, dass ihnen die diplomatische Anerkennung vorenthalten wird, während Israel als westliche Macht den Status einer Nuklearmacht hat, ohne dass jemand daran Anstoß nimmt.

Was wäre also, wenn Iran Nuklearmacht wäre? *Hans-Ulrich Klose*, der frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, formulierte es kürzlich so: dann hätte Iran das *Bewusstsein einer Nuklearmacht*. Würde Iran – aus welchen Gründen oder Interessen auch immer – einen Nuklearschlag intendieren, so müsste das Land damit rechnen, selbst vernichtend geschlagen zu werden. Da dies keine realistische Variante ist, wäre eine Situation gegeben, die in eine Agenda der Verhandlungen um eine *Entnuklearisierung des Mittleren Ostens* hinüberleiten könnte. Dann müsste jede Macht, die auf Augenhöhe von Gleich zu Gleich verhandeln will, jede andere anerkennen, und die Existenz Israels müsste vom Iran anerkannt werden.

*Reinhold Mokrosch:* Was könnte der Westen machen, um das Unterlegenheitsgefühl des Iran, von dem Herr Steinbach sprach, zu ändern?

*Mohssen Massarrat*: Ich möchte zuvor auf die Frage eingehen, wie ein aktuell möglicher Krieg zu verhindern wäre. Erst wenn dies gelingt, gibt es Raum für Fragen wie die eben gestellte.

Der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates unter Chatami, Herr *Rohani*, und auch der frühere Präsident Rafsandschani haben in den letzten Monaten hinter den Kulissen für die Einsicht geworben, dass die iranische Doppelstrategie gescheitert ist. Diese Strategie besteht darin, auf der einen Seite die friedliche Nutzung der Kernenergie legal anzustreben und gleichzeitig die Absicht zu verfolgen, irgendwann über die Atombombe zu verfügen. Inzwischen besteht im Iran ein Konsens darüber, dass diese Strategie gescheitert ist. Rohani sagte öffentlich: »Wir müssen auf Zeit setzen und abwarten«. Dies ist die verschlüsselte Aufforderung an Ahmadedschad: »Sei vernünftig, lass uns den russischen Vorschlag akzeptieren!«

Der russische Außenminister *Sergej Lawrow* war am 7. März 2006 in Washington, um für den Vorschlag Russlands zu werben. Dies geschah sicherlich nicht ohne vorherige Zustimmung des Iran zu diesem Vorschlag. Und auch Frau *Merkel* hat dem russischen Vorschlag vorsichtig zugestimmt, ebenso der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) *El Baradei*. Der Vorschlag sah vor, Iran zu wissenschaftlichen Zwecken in gewissem Umfang das Recht zur Uran-Anreicherung einzuräumen, Iran aber zu untersagen, Uran-Anreicherung *industriell* zu betreiben.

Präsident Bush und *Condoleezza Rice* lehnten diesen Vorschlag rundweg ab, weil er ihren Absichten für eine Eskalation der Situation nicht entsprach. Herr Polenz sagt, die Amerikaner hätten ihre Politik geändert – das wäre schön. Ich meine, dass die neokonservative US-Führung leider noch nicht begriffen hat, dass die rote Linie längst erreicht ist. Auch vor dem Irak-Krieg gab es die von Herrn Polenz angesprochenen Militärstudien, in denen Wissenschaftler prognostizierten, dass es ein Wahnsinn wäre, einen Krieg gegen Irak zu führen. Trotzdem führten die USA diesen Krieg. Heute sagen die westlichen Militärs – und da haben sie vollkommen Recht –, es wäre Wahnsinn, einen Krieg gegen den Iran zu führen. Aber die Führungsriege der USA, Bush, Rice, Cheney, Rumsfeld und andere verspüren eine Mission, einen göttlichen Auftrag und sprechen immer wieder von einer »Kriegsoption«. Die Europäer nehmen das nicht ernst und verneinen eine solche Option, da die Militärs davon abrieten.

Leider haben wir es nicht mit einer rational handelnden Führung zu tun; das hat sie im Irak bewiesen. Deshalb ist es für Deutschland und Europa sehr wichtig, eigene Interessen zu erkennen und sich nicht vor den Karren einer Clique spannen zu lassen, die selbst in den USA keine Mehrheit in dieser Frage hat.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Polenz, trifft es zu, dass die Amerikaner und nicht die Iraner den russischen Vorschlag abgelehnt haben?

*Ruprecht Polenz:* Die Iraner stehen mit den Russen in Verhandlungen, seit das Angebot der Russen auf dem Tisch liegt. Ich glaube, *Putin* ist enttäuscht. Ich habe keine Informationen darüber, dass die Russen einem Vorschlag zugestimmt hätten, der Anreicherungsaktivitäten auf iranischem Gebiet zulässt. Aber ich würde gern festhalten, dass meine Gesprächspartner die Auffassung teilen, dass Iran eine Nuklearbewaffnung anstrebt. Das Bestreben des Iran, über Atomwaffen zu verfügen, verstößt aber gegen den Atomwaffensperrvertrag, den der Iran unterschrieben hat. Der Atomwaffensperrvertrag gewährt das Recht zur *friedlichen* Nutzung von Kernenergie. Nicht vorgesehen ist, den Vertrag zu kündigen, um dann – wie Nordkorea – die Welt mit der Mitteilung zu überraschen, man habe jetzt die Bombe. Was über die iranischen Absichten gesagt wurde, zeigt, dass ein Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag durch den Iran schon erfolgt oder zu befürchten ist. Zutreffend mag das Argument sein, wenn Iran Atomwaffen hätte, könne das Land auf gleicher Augenhöhe mit dem Rest der Welt reden. Aber wollen wir denn, dass in der Welt nur dann gleiche Augenhöhe hergestellt ist, wenn alle Nuklearwaffen haben?

Es geht darum, den Iran im Atomwaffensperrvertrag zu halten. Die Frage ist, wie das gelingen kann. Militärische Hintergedanken bei den Iranern beziehen sich auf Sicherheitsfragen und auf Statusfragen, wie Herr Steinbach sagte. Das iranische Nuklearprogramm hat man schon in den achtziger Jahren während des Krieges gegen den Irak Saddam Husseins begonnen, denn in Teheran wusste man von dessen Nuklearprogramm. Spricht man heute, nach Wegfall der Bedrohung durch Saddam Hussein, die Iraner darauf an, so wird inzwischen auf die Präsenz der Amerikaner in der Region als Bedrohung Irans verwiesen. Die Iraner kritisieren bei jedem Gespräch die Anwesenheit der US-Amerikaner in dieser Region.

In *Katar* oder in den Emiraten oder anderen Ländern der Region dagegen befürchtet man eine iranische Vorherrschaft, falls die Amerikaner sich aus dieser Region zurückziehen würden. Über diese Fragen muss man nicht aus hiesigem Blickwinkel urteilen, sondern so sprechen, wie sie die Menschen in der Region wahrnehmen. Dafür brauchen wir dringend eine geeignete Form von Gesprächen, womöglich mit der Perspektive der Einrichtung einer Sicherheitskonferenz im Nahen Osten, bei der alle Länder gemeinsam mit den Europäern, den Russen und den Amerikanern am Tisch sitzen. Dort könnte über die Sicherheitswahrnehmungen und die damit verbundenen Sorgen gesprochen werden. Dieses könnte ein Schritt sein, um – wie im Helsinki-Prozess – zu Verständigungs- und Abrüstungsprozessen zu kommen.

Mein Vorschlag war, weiter multilateral mit den Iranern zu sprechen. *Richard Lugar*, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Senats, hat als erster wichtiger amerikanischer Politiker diesen Vorschlag gemacht. Auch hier kommt Bewegung in die amerikanische Politik, so dass wir uns einer Lösung des Konflikts nähern.

*Reinhold Mokrosch*: Herr Steinbach hatte vorgeschlagen, das Problem einmal von der islamischen Seite anzugehen. Wir haben die Chance, dazu eine berufene Stimme zu hören, denn wir haben mit Herrn *Sadegh Tabatabai* eine Persönlichkeit der iranischen Zeitgeschichte zu Gast in unserer Stadt. Er studierte in Deutschland Chemie, bevor er 1979 nach Teheran zurückkehrte und in der Regierung des ersten Premierministers der provisorischen Regierung der Islamischen Republik, *Mehdi Bazargan*, Ämter als Minister und Regierungssprecher bekleidete.

Herr Tabatabai, wir möchten Sie zu einer Stellungnahme einladen: Gibt es einen ›Unterlegenheitskomplex‹ der islamischen Welt, vielleicht auch des Iran? Und wie könnte der Westen diesen berücksichtigen?

*Sadegh Tabatabai*: Herr Polenz erweckt den Eindruck, die US-Amerikaner seien am Persischen Golf präsent, weil die Golfstaaten Angst vor der iranischen Vorherrschaft haben, nicht etwa, weil sie dort ihre Interessen am Bezug von Rohöl verfolgen. Tatsächlich scheiterten vor Jahren Versuche Irans und Saudi-Arabiens, eine Kooperation innerhalb der Golfstaaten zu schließen, an der amerikanischen Intervention. Die Amerikaner sind seit 1970 am Persischen Golf, als sie mit militärischer Unterstützung bis zum Horn von Afrika forschten und in der Region um das Kaspische Meer im Interesse der NATO Spionage trieben. Bei der Präsenz der Amerikaner am Persischen Golf geht es um Öl und um die Gewissheit, dass man in 30 bis 40 Jahren noch eine Waffe gegen den Iran, gegen Europa, gegen Japan und andere in der Hand hat. Die kleineren Golfstaaten haben die Amerikaner auf ihre Seite gebracht, indem sie dort die Angst vor dem Iran zu schüren wussten. Im ersten und zweiten Golfkrieg gab dann Saddam Hussein den Amerikanern den Anlass, dort zu sein und bis heute zu bleiben.

Auch wenn das iranische Regime in naher Zukunft zu Atomwaffen kommen will, denkt die iranische Bevölkerung heute keineswegs daran, Atomwaffen haben zu wollen. Wenn Iran dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten ist und bisher sämtliche internationale Vereinbarungen eingehalten hat und wenn in den vergangenen zwei Jahren die Internationale Atombehörde Untersuchungen im Umfang von 15.000 Personenstunden durchgeführt hat, so kann nicht gesagt werden, dass der Iran gegen den Vertrag verstoßen habe. Dass Iran für einige Jahre seine Tätigkeiten, seine Aktivitäten, seine Forschungen nicht offen gelegt hat, mag ein Fehler

gewesen sein. Aber die Inspektoren haben keinen Anhaltspunkt dafür gefunden, dass Iran in den letzten fünf Jahren etwas unternommen hat, was gegen den Atomwaffensperrvertrag verstößt.

Ich bin seit 1962 in Deutschland und mit Deutschland verbunden. Bis 1979 lebte ich ständig hier, seitdem bin ich die Hälfte des Jahres teils in Deutschland und teils im Iran. Als ich 1962 hierher kam, wusste man hier über den Islam, dass muslimische Männer vier Frauen heiraten dürfen, Schweinefleisch und Alkohol für Muslime aber verboten sind, mehr nicht. Was man heute dagegen mit dem Islam verbindet, sind Terrorismus, Gewaltanwendung, Zwangsehe und Beschneidung der Frauen und dergleichen. Solche Dinge werden in der Presse fortgesetzt verbreitet, und es werden Beispiele für das islamische Recht, die *Scharia*, geschildert, die mit dem Islam nichts zu tun haben. Dies alles führt bei manchen Muslimen durchaus zu einem gewissen Unterlegenheitsgefühl. Wenn irgendwo auf der Welt ein muslimischer Richter, ein Mufti oder ein Scheich, eine alte Fatwa findet und danach handelt, so darf man das nicht pauschal dem Islam anlasten. Weder der Koran noch die islamische Scharia erlauben z.B. die Beschneidung der Frau. Aber in mancher deutschen Zeitung ist zu lesen, dies sei eine islamische Vorschrift. Solche immer wieder verbreiteten Falschmeldungen erzeugen vor allem bei Jugendlichen aus islamischen Familien, die sich für die westliche Zivilisation und Technologie begeistern, eine Entfremdung von sich selbst.

Hinzu kommen Geschichten über die Atomenergie in islamischen Ländern und politische Diskussionen, die die Gräben immer weiter vertiefen. Stattdessen sollte die andere Seite gezeigt werden und man sollte über Gemeinsamkeiten berichten. Vielleicht liegt es aber im Wesen des Journalismus selbst begründet, dass man einen Graben sucht, um ihn zu vertiefen.

*Udo Steinbach:* Ich möchte auf die Frage zurückkommen, woran der von Präsident Chatami begonnene Demokratisierungsprozess gescheitert ist. Wenn meine Formel »Kooperation in der Nuklearfrage & Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses« Erfolg haben soll – was muss dann künftig anders gemacht werden? Offensichtlich ist der eindrucksvolle Prozess, der zwischen 1997 und 2005 im Iran stattfand, in einer Sackgasse gelandet. Woran lag es, dass Herr Chatami ständig von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten gesprochen hat – wobei ihm rund 70% der Menschen, insbesondere der jungen Menschen und der Frauen, gefolgt sind –, dass aber heute eine tiefe Enttäuschung herrscht? Von den Wahlen im Februar 2004 wurden dreitausend liberale Kandidaten ausgeschlossen, und in der Folge war das Parlament wieder konservativ. Im Jahr darauf wurde die Re-Traditionalisierung des Iran vollendet, indem der liberale Präsident abtrat und ein Konservativer folgte. Agierte Chatami zu naiv?

Noch eine Woche vor den Wahlen am 20. Februar 2004 sagte Chatami, er wolle beides, Islam *und* Demokratie, also zugleich die Herrschaft der anerkannten Gottesgelehrten *und* Liberalität und Pluralität im Land.

Das war aber offenbar nicht möglich. Wie können die Iraner jetzt das Kunststück vollbringen, einerseits mehr Demokratie zu erreichen und andererseits den Rückgriff auf die Tradition, den Islam, das eigene Erbe damit zu verbinden? Ist das überhaupt möglich oder schließt sich beides aus? Das Stichwort dazu lautet ›Säkularität‹: Auf einem religiösen Fundament kann keine Demokratie entstehen. Herr Chatami hat aber noch jüngst in Hamburg eine Säkularisierung des Iran abgelehnt, da der Islam modernisierungsfähig und kompatibel mit Demokratie und Menschenrechten sei. Daraus ergibt sich nun die Aufgabe für die iranischen Theologen und Philosophen, die zu großen Teilen in diese Richtung denken.

Präsident Ahmadinedschad wurde nur von 20% der Bevölkerung gewählt. Wenn zu einem Anteil von 80% im Volk der Wille zur Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses vorhanden ist, gilt es dort anzusetzen. Wir müssen verstehen, dass wir hier über den Iran als eine spezifische Gesellschaft mit spezifischer Mentalität und Kultur sprechen. Die Iraner selbst wollen, dass der Demokratisierungsprozess weitergeht.

*Mohssen Massarrat:* Anhand des konkreten Konflikts wäre zu bestimmen, wie der Demokratisierungsprozess im Iran und in der gesamten Region eine Chance bekommen kann. Herr Polenz nannte das Stichwort: Es sollte eine regionale *Sicherheitskonferenz* einberufen werden, die es ermöglicht, Sicherheitsfragen und andere dort vorhandene Konflikte wie Grenzstreitigkeiten, Konflikte um Wasser- und Ölressourcen auf eine neue Weise zu erörtern, so wie es in Europa mit dem KSZE-Prozess gelang. Eine solche Konferenz wird aber niemandem geschenkt. Hier haben Sie, Herr Polenz, Frau Merkel und Herr Steinmeier und die EU eine wichtige Aufgabe. Sie müssen den Schritt tun und den Vorschlag machen und sagen: ›In einem halben Jahr laden wir alle Beteiligten ein, einschließlich Israel und die USA‹, auch wenn die USA und Israel zunächst nein sagen.

Machen wir es nicht von einem Veto der USA und Israels abhängig. Lassen Sie uns beginnen mit einem Prozess, bei dem die Chance besteht, dass die Nuklearfrage plus Abrüstung sowohl auf israelischer als auch auf iranischer Seite in den Vordergrund gestellt wird. Ich bin sicher, dass nicht der Islam die Demokratisierung verhindern wird, sondern die Machtstrukturen und die Interessen, die dort hineinwirken, sowie die beiderseits entstandenen Feindbilder. Diese sind die Hauptprobleme für die Demokratisierung, nicht der Islam. Die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Islam ist nicht die ganze Frage; es ist die Frage von Demokratie und

Religion überhaupt. Europa brauchte für die Säkularisierung 300 Jahre Zeit; währenddessen fanden zwei Weltkriege und der Holocaust statt.

Die Demokratisierung hat im Mittleren und Nahen Osten gerade erst begonnen; sie wäre umso erfolgreicher und rascher erreichbar, wie Interventionen von außen abnähmen.

*Publikum:* Warum ist die saudi-arabische Diktatur im Gegensatz zur islamischen Theokratie kein friedensgefährdender Sonderfall?

*Publikum:* Der Staat Israel, der durchaus akut bedroht ist und aus historischer Erfahrung Vernichtungsdrohungen ernst nimmt, wurde bisher nur am Rande erwähnt. Herr Steinbach, sehen Sie die Möglichkeit, dass ein Zurückweichen, Nachgeben oder Verhandeln der Europäer oder Amerikaner die Kriegsgefahr noch verstärkt, weil dadurch ein dann verhältnismäßig isolierter Staat Israel zu einem Präventivschlag gedrängt wird?

*Publikum:* Die Türkei wird allgemein als Beispiel für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie genannt. Ist sie ein geeignetes Modell?

*Publikum:* Ich möchte auf eine Bemerkung zur Reaktion der deutschen Muslime zum Karikaturenstreit antworten. Es wurde gesagt, die Muslime hätten ganz friedlich demonstriert, und dies sei als gelungenes Beispiel von Integration zu verstehen. Diese Bemerkung suggeriert, die Muslime hätten nur deshalb so friedlich demonstriert, weil ihre Integration so gut gelungen sei. Ist es denn undenkbar, dass diese Muslime kraft ihrer eigenen Überzeugung friedlich demonstriert haben?

*Publikum:* Besteht wirklich Gewissheit darüber, dass der Iran überhaupt ein Atomprogramm hat und Atomwaffen haben will?

*Udo Steinbach:* Bis zum Jahr 2001 bestand eine dauerhafte Allianz zwischen den Interessen der USA und denen der Saudis. Dann wurde den Amerikanern deutlich, dass sie aus Interesse an der Ölförderung mit einer Macht zusammengearbeitet haben, die den Islamismus mitfinanziert hatte. Es kam zu Spannungen, die durch den Einbruch der USA im Irak schwächer wurden. Saudi-Arabien hat begonnen, sich zu modernisieren. Eine Reihe dortiger NGOs ist bemüht, den Demokratisierungsprozess voranzutreiben, um das Image des Landes im Ausland zu verbessern. Der König Saudi-Arabiens hat begriffen, dass die Politik des *Pan-Arabisismus*, auf dem das System lange beruhte und der die Quelle der islamistischen Militanz war, nicht zukunftsfähig ist.

Israel fühlt sich von einem militanten Islam wie dem im Iran, der die Nichtanerkennung des Existenzrechts Israels zum Prinzip hat, wirklich bedroht. Israelische Politiker haben sich wiederholt entschlossen gezeigt, das, was sie als »iranische Gefahr« wahrnehmen, zu eliminieren. Auch Herr Chatami, den wir als einen fast philosophischen Menschen kennen, wiederholte in Berlin, dass er die Existenz Israels nicht akzeptiere. Er sagte aber auch, er könne daran nichts ändern und würde es pragmatisch hinnehmen, wenn die Palästinenser mit den Israelis verhandelten. Mit Ahmadinedschad tritt im Iran ein neuer Präsident an, der solchen Pragmatismus zurückstellt und die ideologische Dimension wieder in den Vordergrund rückt. Also ist die Wahrnehmung in Israel, wirklich bedroht zu sein, akut. Eine Militäraktion ist nicht auszuschließen. Unter welchen Bedingungen sie kommt, wann sie kommt, von wem sie getragen wird, ob es die Israelis sein werden und ob sie die Amerikaner im Schlepptau haben oder Amerikaner mit den Israelis gemeinsam – ist ungewiss. Das Diktum, der Reaktor von *Bushehr*, dessen Bau die Deutschen begonnen haben und den die Russen jetzt fertig stellen, werde nicht ans Netz gehen, ist in Israel ja fast schon offiziell.

Zur Türkei und zur Frage von Modernisierung und der Demokratie: Ich glaube, die Türkei hat einen gewaltigen Kraftakt vollzogen. Eine Inschrift am Eingang des Mausoleums des türkischen Staatsgründers *Kemal Atatürk* in Ankara lautet: »Die Souveränität ist vorbehaltlos und bedingungslos beim Volk«. Die Trennung von Religion und Politik wird damit als Voraussetzung für moderne und demokratische Gesellschaften bestimmt. Die Türkei benötigte über siebzig Jahre, bis ihre Form von Demokratie kompatibel mit den Anforderungen der Europäischen Union wurde.

Das Stichwort »Bildung« ist wirklich von zentraler Bedeutung: Was sich in dieser Hinsicht in der Islamischen Republik Iran verändert hat, stimmt mich im Grunde optimistisch. Die Iraner haben einen sprunghaften Bildungsfortschritt zu verzeichnen, unter Männern und Frauen, auf dem Land wie in den Städten. Man darf erwarten, dass die Iraner ihre eigenen Verhältnisse verändern werden. Wir können sie dabei unterstützen, indem wir helfen, dort Ressourcen freizusetzen, die aufbauen auf Bildung und auf einer Kenntnis der Welt.

*Ruprecht Polenz*: Wir wollen mit diplomatischen, friedlichen Mitteln eine Lösung erreichen. Aber es ist auch unklug, Militäraktionen auszuschließen und in einer Situation, in der es ohne Druck nicht weitergeht, Iran eine falsche Sicherheit zu geben. Dabei geht es nicht darum, zu drohen, sondern dass wir mit friedlichen Mitteln etwas erreichen.

In der Frage, ob das iranische Atom-Programm verifiziert ist, kann man nachlesen, was der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebe-

hörde in seiner Resolution zum Ausdruck brachte. Eine Reihe von Fragen, die ausschließen sollen, dass es militärische Zwecke des Programms gibt, sind von Teheran nicht zufriedenstellend beantwortet worden, stellt der IAEO-Generaldirektor *Mohammed al Baradei* fest. Die hoch angereicherten Wischproben scheinen in der Tat durch verunreinigte Zentrifugen ins Land gekommen zu sein. Offen sind die Fragen nach den neuen sog. P2-Zentrifugen, und ungeklärt ist die Frage nach dem gefundenen Uranmetall, das *ausschließlich* für nukleare Sprengwaffenzünder zu gebrauchen ist. Die Internationale Atomenergiebehörde in Wien hat demnach Anhaltspunkte für die keineswegs ausschließlich friedlichen Absichten des Programms.

Auch die israelische Politik ist nicht ohne Fehler: Die Siedlungspolitik war ein Fehler, der Bau des Sicherheitszauns mit seinem jetzigen Verlauf war ein Fehler, und es sind auch Chancen in den Gesprächen mit den Palästinensern nicht genutzt worden. Aber es ist ein Unterschied, ob eine Regierung Fehler macht oder ob einem Staat von seiner Umgebung das Existenzrecht bestritten wird. Hinzu kommen die Attentate von Hisbollah und Hamas. Immer wieder hat es Anschläge auch im Kernland Israels gegeben, die nur als eine Kampfansage an alle Juden verstanden werden können und auch so gemeint sind. Da ich den Reihen deutscher Politiker – von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl und Angela Merkel, und ich rechne auch die SPD-Kanzler dazu – angehöre, die eine ganz besondere Verantwortung Deutschlands für Israel fühlen und sich Israel gegenüber verpflichtet fühlen, finde ich, dass Äußerungen des iranischen Präsidenten, Israel von der Landkarte zu radieren, und den Holocaust zu leugnen, für Deutsche nicht hinnehmbar sind.

Wohl mag bei uns oftmals der Respekt gegenüber Muslimen und dem Islam fehlen. Ich habe den Begriff von der »Achse des Bösen« für falsch gehalten. Aber es geht nicht an, ein anderes Land als den »großen Satan« zu bezeichnen und dauernd zu rufen: »Tod Amerika! Tod Israel!« Auch Hasspredigten und antisemitische Karikaturen, wie sie dauernd in der ägyptischen Presse erscheinen, müssen angesprochen werden, da beides Hetzpropaganda ist.

Als Europäer haben wir die Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstkritik stark ausgebildet. Diskussionen wie die heutige dienen auch dazu, zu überprüfen, ob wir die ›Anderen‹ richtig sehen. Alle Außenpolitik beginnt mit dem Versuch, die Welt mit den Augen des Gegenübers zu sehen und dessen Interesse zu erkennen. Das darf aber nicht dazu führen, eigene Werte, unsere eigenen Vorstellungen von Menschenrechten und Demokratie kulturalistisch zu relativieren.

*Mohssen Massarrat:* Es stimmt, dass Israel bedroht ist. Ich würde mich als israelischer Staatsbürger in dieser Situation unter 200 Millionen Arabern

und Moslems ebenso bedroht sehen. Die Frage ist aber: Kann das Existenzrecht Israels auf Dauer mit Atomwaffen und durch die Besatzungspolitik gesichert werden? Ich meine: Nein! – Iran und andere islamische Länder sehen sich durch die israelischen Atomwaffen bedroht. Erst wenn beide Bedrohungen wahrgenommen und eingeräumt werden, können Lösungen im Sinne gemeinsamer Sicherheit gefunden werden, die verhindern, dass Iran Atomwaffen bekommt, und die bewirken, dass Israel abrüstet.

Klar ist, dass Israel in einem solchen Prozess akzeptable Sicherheitsgarantien haben muss. Selbst wenn einige arabische Staaten anfangs ein Existenzrecht Israels ablehnen, wird die Dynamik einer solchen Entwicklung diese Staaten dazu bringen, zu akzeptieren, dass Israels existiert und ein Recht darauf hat, zu existieren. Ich bin überzeugt, dass eine Maximalforderung nach Anerkennung Israels durch alle arabischen Staaten als *Voraussetzung* für einen Friedensprozess falsch ist. Genauso wenig darf der Iran verlangen, dass Israel zunächst abrüsten muss.

Wir brauchen einen Prozess der Verständigung!